

### **3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt D 2**

#### **3.1.1 Thema**

Internationalisierung des Gewaltmonopols

#### **3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung**

Politikwissenschaft; Internationale Beziehungen; Europaforschung

#### **3.1.3 Leiter**

Prof. Dr. Markus *Jachtenfuchs*

geb. 30. November 1961

International University Bremen

Campus Ring 1

28759 Bremen

Tel.: 0421 200 3451

e-mail: m.jachtenfuchs@iu-bremen.de

Der Projektleiter ist gegenwärtig bis Juli 2006 eingestellt, da die IUB nur Zeitverträge vergeben hat. Eine Verlängerung ist jedoch möglich.

#### **3.1.4 (entfällt)**

#### **3.1.5 Erklärung**

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

#### **3.1.6 Beantragte Förderung des Teilprojektes (Ergänzungsausstattung)**

Haushaltsjahr	Personal-kosten	Sächliche Ver-waltungs-ausgaben	Investitionen	Gesamt
2003	66,2	12,4	•	78,6
2004	66,2	15,0	•	81,2
2005	66,2	9,6	•	75,8
2006	66,2	3,0	•	69,2
<b>Summe 2003-2006</b>	<b>264,8</b>	<b>40,0</b>	<b>•</b>	<b>304,8</b>

(Beträge in Tausend €)

### 3.2 Zusammenfassung

Zu den klassischen Merkmalen von Staatlichkeit gehört das Monopol der legitimen physischen Gewaltanwendung, verkörpert durch Polizei und Militär. Für viele ist dies gar ihr Definitionsmerkmal. Während in anderen Bereichen vielfach Verlagerungstendenzen zu beobachten sind, scheint die unmittelbare Verfügung über den Einsatz von Gewaltmitteln in der OECD-Welt weiterhin ausschließlich den Staaten vorbehalten zu bleiben.

Das ist jedoch nicht das gesamte Bild. Zum einen verändert sich seit der Hochzeit des DRIS der Gegenstandsbereich, in dem Polizei und Militär eingesetzt werden. Zum anderen ist eine Trans- und Internationalisierung der Problemlagen zu beobachten. Im Ergebnis, so die Vermutung, ist nicht nur im Sachbereich Wohlfahrt, sondern auch in denen von Sicherheit und Herrschaft ein verwobenes Geflecht von internationalen Institutionen mit inter- und supranationalen Elementen entstanden. Hier hat wahrscheinlich eine starke Ausdifferenzierung je nach Problemtyp und institutionellem Arrangement stattgefunden. Dadurch könnte die Anwendung von Gewalt an externe Normen und Regeln geknüpft werden und könnten faktische Interdependenzen entstehen. Wenn dies zutrifft, tragen Staaten selbst dazu bei, ihre Handlungsfreiheit hinsichtlich der Anwendung von Gewalt externen Einflüssen und Legitimationsprozessen zu unterwerfen. Dies entspräche einer Internationalisierung von Staatlichkeit in der Ressourcendimension.

Im Vergleich der 1970er mit den 1990er Jahren soll dem in den Bereichen *zwischenstaatlicher Krieg, Bürgerkrieg, transnationaler Terrorismus* und *grenzüberschreitende Kriminalität* nachgegangen werden. Hier soll *erstens* konkret untersucht werden, wo genau und in welchen Formen Staaten bereit sind, Aufgaben an internationale Institutionen abzugeben. Es geht also um staatliche Präferenzen hinsichtlich der Internationalisierung des Gewaltmonopols. Im Hintergrund steht dabei die Frage, wie stark die damit verbundenen formalen und faktischen Einschränkungen der staatlichen Handlungsfreiheit sind. *Zweitens* geht es um die Ursachen für diesen Wandel oder sein Ausbleiben je nach Themenbereich. *Drittens* wird gefragt, ob damit eine Veränderung staatlicher Identitäten oder Strukturen einhergeht und ob diese dauerhafter Natur ist oder nicht.

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Beschreibung staatlicher Präferenzen hinsichtlich der Internationalisierung des Einsatzes von Gewaltmitteln in vier Problemfeldern	Untersuchung der Ursachen der Bildung und des Wandels staatlicher Präferenzen hinsichtlich des Gewaltmonopols; Hinzunahme der USA und eines kleinen Staates	Untersuchung der Wirkung internationaler Institutionen in diesen Bereichen auf internationale Institutionen sowie auf staatliche Identitäten und Strukturen

### 3.3 Problemaufriß und Stand der Forschung

Im Kern geht es bei diesem Teilprojekt um die Entstehung, den Gehalt und die Wirkung staatlicher Präferenzen hinsichtlich der Internationalisierung des Gewaltmonopols. In den letzten Jahren hat eine zweistufige Erklärung internationaler Zusammenarbeit weitgehende Zustimmung gefunden. Im ersten Schritt werden die jeweiligen staatlichen Präferenzen erklärt, im zweiten die Interaktionsergebnisse auf der Basis dieser Präferenzen (Legro 1996; Moravcsik 1993; vgl. schon Tullock 1962). Genauso häufig ist allerdings die Klage, daß sich die Forschung meist auf den zweiten Schritt konzentriert und den ersten, die Erklärung der Präferenzen, weitgehend vernachlässigt habe (vgl. schon Nye 1988: 248).

Bereits eine kursorische Durchsicht der einschlägigen Literatur zeigt, daß es keine *universelle* Theorie staatlicher Präferenzbildung gibt. Vielmehr existieren lediglich Teilbereichstheorien unterschiedlichen Reifegrades, deren Geltungsbereiche sich teilweise ergänzen, teilweise überlagern. Eine vergleichsweise trennscharfe Klassifizierung, die zudem die für die Fragestellung dieses Teilprojektes wesentlichen Probleme am deutlichsten hervorhebt, beruht auf der von Czempiel (1981) vorgeschlagenen Unterscheidung zwischen den Sachbereichen Wohlfahrt einerseits und denen von Sicherheit und Herrschaft andererseits.

#### Wohlfahrt

Empirisch und theoretisch am besten untersucht ist die Präferenzbildung im Bereich Wohlfahrt. Die Resultate der einschlägigen Arbeiten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Unmittelbar werden die staatlichen Präferenzen durch den unterschiedlichen Druck gesellschaftlicher Gruppen bestimmt. Dieser wiederum ergibt sich nicht zufällig, sondern hängt davon ab, wie stark diese Gruppen von internationalen Vorgängen betroffen sind (Frieden 1988; Milner 1988; Rogowski 1989; Moravcsik 1998). Stärker betroffene Gruppen haben starke spezifische Interessen und sind zu hoher Mobilisierung bereit und in der Lage. Die Wahrscheinlichkeit, daß ihre Interessen in die staatlichen Präferenzen eingehen ist deshalb unter den Bedingungen eines halbwegs pluralistischen politischen Systems und bei der Abwesenheit gleichstarker gegenläufiger Interessen sehr hoch. Auf der Basis dieses hier nur skizzierten Modells lassen sich elegante theoretische Erklärungen mit empirischer Detailanalyse verknüpfen.

Die Übertragbarkeit des Modells auf die beiden anderen Czempielschen Sachbereiche ist jedoch nicht ohne weiteres möglich. Das liegt an dem Umstand, daß es im Kern von objektiven Gegebenheiten (Außenhandelsverflechtung, Kapitalströme usw.) auf subjektive Präferenzen schließt. Der Grund dafür, daß sich die Akteure tatsächlich so verhalten, wie es die Theorie aufgrund der relativ leicht meßbaren

und in der Regel gut verfügbaren objektiven Daten voraussagt, ist die Existenz eines Selektionsmechanismus, der „falsche“ Präferenzen eliminiert (Schmalz-Bruns 1995: 360). Dieser Mechanismus ist der Markt: Eine Firma oder Interessengruppe kann die Globalisierung ignorieren, aber sie riskiert dann Bankrott oder Mitgliederschwund. Wo es keinen Markt oder kein funktionales Äquivalent gibt, funktioniert der Schluß von objektiven Gegebenheiten auf subjektive Präferenzen nicht. Selbst im Bereich Wohlfahrt ist der Zusammenhang zwischen Marktmechanismus und staatlichen Präferenzen aber ein indirekter: Nur die einzelnen Unternehmen müssen auf Marktentwicklungen reagieren, sektorale Interessengruppen dagegen haben oft eine heterogene Mitgliedschaft mit divergierenden Interessen, und Staaten sind oft dem Einfluß gegensätzlicher Interessengruppen sowie anderer Einflußfaktoren ausgesetzt. Alles in allem funktioniert diese Art der strukturalistischen Präferenzableitung trotzdem gut.

### **Sicherheit und Herrschaft**

Im Bereich Sicherheit dagegen – also dort, wo sich das staatliche Gewaltmonopol nach außen richtet – gibt es kein funktionales Äquivalent zum Markt (Zürn 1997). Deshalb findet hier auch die neuere liberale Theorie der internationalen Politik, die stark auf die Entstehung innerstaatlicher Präferenzen als Bedingung zwischenstaatlicher Interaktion abzielt, ihre Grenzen (Moravcsik 1997). Allerdings hat die realistische Theorie der internationalen Beziehungen, und hier vor allem der strukturelle Realismus von Waltz (1979) argumentiert, daß die anarchische Struktur des internationalen Systems ein funktionales Äquivalent darstelle. Staaten können in dieser Konstellation nie sicher sein, daß andere Staaten keine aggressiven Absichten gegen sie hegen. Überlebenssicherung durch die Maximierung militärischer und ökonomischer Macht sowie die Mitarbeit in wechselnden Allianzen zur Kompensation der Macht starker Staaten (Machtbalance) sind daher in der realistischen Theorie die von objektiven Gegebenheiten (Sicherheitsdilemma) über einen Vermittlungsmechanismus (Anarchie) erzwungenen staatlichen Präferenzen. Da das Gewaltmonopol zur Überlebenssicherung notwendig ist, kann prognostiziert werden, daß sich Staaten bei seiner Ausübung keinen externen Regeln unterwerfen oder es gar in die Hände einer internationalen Institution legen werden.

An dieser realistischen Theorie der Bildung staatlicher Präferenzen gibt es zwei hier relevante Kritikpunkte. Der erste besagt, daß sie zu unspezifisch sei. Internationale Sicherheitsinstitutionen (Haftendorn/Keck 1997; Haftendorn u.a. 1999) existieren in einer großen Formenvielfalt und lassen sich nicht auf für den Realismus relevante Allianzen und ansonsten irrelevante Institutionen reduzieren. Besonders wichtig erscheint hier die Unterscheidung zwischen solchen Institutionen, die der Abwehr eines potentiellen Gegners dienen und solchen, die nach innen gerichtet

sind und Sicherheit zwischen ihren Mitgliedern erzeugen sollen (*security management organizations*; Wallander/Keohane 1999). Bei letzteren haben sich ihre Mitgliedstaaten dazu entschlossen, die Verfügungsmacht über Gewaltmittel in einen internationalen Rahmen zu stellen. Warum sie dies tun, bleibt im Rahmen einer bedrohungsorientierten Theorie unklar. Empirisch geht es bei dieser Kontroverse vor allem um den postulierten Wandel der NATO von einer Verteidigungsinstitution zur einer Sicherheitsmanagementinstitution (vgl. z.B. Wallander 2000), aber auch um den in den letzten Jahren massiv vorangetriebenen Aufbau einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (Wagner/Hellmann 2002). Ebenso unklar bleiben die Gründe für eine Beteiligung von Staaten an der an Zahl und Intensität stark zunehmenden Konfliktprävention und -intervention im Rahmen der UN (vgl. z.B. Doyle u.a. 1997; Woodhouse u.a. 1998; vgl. auch Teilprojekt D3).

Die theoretische Frage hinter diesen Entwicklungen lautet, warum Staaten trotz teilweise hoher finanzieller wie innenpolitischer Kosten und ohne klar erkennbare Bedrohung oder unmittelbaren Gewinn bereit sind, sich massiv in multilateralen Sicherheitsinstitutionen zu engagieren. Hierzu bietet der Realismus und auch der Liberalismus keine befriedigenden Antworten, da sie über keine Theorie verfügen, mit der sich im Sicherheitsbereich mit der im Bereich Wohlfahrt mittlerweile erreichten und empirisch auch notwendigen Differenzierung von objektiven Interessenlagen und Strukturen auf „subjektive“ staatliche Präferenzen rückschließen läßt.

Eine wichtige Teilströmung der konstruktivistischen Theorie der internationalen Beziehungen hat es sich zur Aufgabe gemacht, die theoretische Lücke bei der Präferenzbildung zu schließen. Hier setzt die zweite Kritik am Realismus ein, die besagt, daß die für die Präferenzbildung wichtigen Tatbestände (Anarchie, Sicherheitsdilemma) nicht objektiv und unhintergebar gegeben, sondern gesellschaftlich konstruiert seien: „Anarchy is What States Make of It“ (Wendt 1992, 1999; Weldes 1996). Hinter der einheitlichen Bezeichnung „Konstruktivismus“ verbergen sich allerdings eine Vielzahl von Theoriesträngen, die auch die Präferenzbildung sehr unterschiedlich konzeptualisieren. Der Grundtenor lautet, daß Denkbilder, Ideensysteme, Identitäten, Kultur, Normen, Rollenbilder oder Diskurse wichtig für staatliche Präferenzbildung und Handlung sind (Boekle u.a. 2001; Duffield 1999; Jepsen u.a. 1996; Kirste/Maull 1996; Kratochwil 2002; Risse 1999, 2000). Das Verhältnis dieser Konzepte untereinander ist häufig unklar, so daß es sich eher um parallel laufende Diskussionsstränge mit wenig konkreter gegenseitiger Beeinflussung handelt als um eine tatsächliche Debatte.

Zwar gibt es eine Reihe von empirischen Arbeiten auch zum Sicherheitsbereich (vgl. z.B. die Beiträge in Katzenstein 1996a; Legro 1995), die den oft gegen den Konstruktivismus erhobenen Vorwurf, ihm fehle die empirische Bodenhaftung, als nicht gerechtfertigt erscheinen lassen. Ebenso existieren bereits im weitesten Sinne

konstruktivistisch inspirierte Arbeiten zu einzelnen Staaten (Heuser 1998; Kier 1997), und bereits in der Regimetheorie wurde der Frage der regimebedingten Präferenzänderung durch die Internalisierung regimespezifischer Normen nachgegangen (Müller 1993). Alles in allem handelt es sich aber um einen Flickenteppich an verdienstvollen Einzelstudien, die entweder nur ein kleines empirisches Feld bearbeiten, an internationalen Institutionen anstatt am Wandel von Staatlichkeit und staatlichen Präferenzen interessiert sind oder durch nur bedingt kompatible Theorierahmen kumulative Erkenntnis erschweren.

Dies läßt sich auch durch die an sich enorme Literatur zur Sicherheitspolitik nicht kompensieren. Den Überblicksdarstellungen (z.B. Grosser 1984; Hanrieder 1995) fehlt genrebedingt die notwendige Detailschärfe. Die große Zahl von Studien zu Einzelfragen weisen für die in diesem Teilprojekt verfolgte Fragestellung immer wieder das gleiche Bündel von Defiziten auf: Sie beschränken sich nur auf kurze Zeiträume oder sehr spezifische Ereignisse, sind häufig eher an substantiellen Polikergebnissen als an theoretischen Fragen der Präferenzbildung interessiert, beziehen sich oft nur auf ein Land oder auf eine internationale Organisation. Stellvertretend für andere Diskussionsstränge sei hier die Literatur über die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik erwähnt (Haglund 1991; Gordon 1994; Sauder 1995; Soutou 1996; Seewald 1998; Bloch-Lainé 1999; Meimeth 2002).

Man kann aus dieser Literatur auch nicht unmittelbar Präferenzen ableiten, da häufig nicht klar zwischen internationalen und innenpolitischen Verhandlungspositionen, rhetorischen Begründungsstrategien, allgemeiner Programmatik, (objektiven) Interessen und den eigentlichen Präferenzen unterschieden wird. So ist zwar viel Material vorhanden, das auch für die empirische Analyse nutzbar gemacht werden kann, aber es ist nur schwer oder gar nicht in ein theoretisches Modell integrierbar. Insgesamt gibt es keine Untersuchung, die Entstehung, Gestalt und Wirkung staatlicher Präferenzen im Bereich Sicherheit über einen längeren Zeitraum oder gar vergleichend untersucht.

Dies ist der Fall, obwohl der Bereich Sicherheit theoretisch und empirisch im Zentrum der Aufmerksamkeit der Internationalen Beziehungen liegt. Neben den beiden zentralen Kategorien von *power* und *plenty* (Viner 1948) spielte dagegen Herrschaft als dritte Kategorie Czempels immer schon eine Nebenrolle. Dies liegt sicher auch an einer gewissen Unschärfe des Begriffes. Daß aber die Tätigkeit der Polizei und der Strafverfolgungsorgane hier dazugehört, ist wohl unumstritten. Hier ist allerdings die Literaturlage erheblich schlechter als im Bereich Sicherheit. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, die Sozialwissenschaften hätten die Themen Polizei und Strafverfolgung weitgehend der Rechtswissenschaft überlassen. Es gibt zwar eine Reihe von Arbeiten über den Zusammenhang zwischen Entstehung, Auf-

gaben und Wandel der Polizei und der Bildung von Nationalstaaten bis zum frühen 20. Jahrhundert (Aubert 1979; Baylay 1975; Funk 1986; Knöbl 1998), aber diese ist für die Untersuchung der Wandlung des voll entfalteteten DRIS nur von geringem Nutzen. Selbst umfassende Monographien zum Thema „innere Sicherheit“ sind eher selten (Lange 1999). Erst in jüngerer Zeit finden sich Arbeiten, die explizit eine „Rückbesinnung“ auf das Thema fordern (Lenk/Prätorius 1998).

Das gilt auch für wissenschaftlich anspruchsvolle Untersuchungen zur internationalen Zusammenarbeit in diesen Bereich, vor allem zur internationalen Polizeiorganisation Interpol (Anderson 1989; Deflem 2000; Fooner 1989). Auch hier, vor allem in Bezug auf die Zusammenarbeit in der EU (Bigo 1992), dominiert wieder das juristische Schrifttum (Hailbronner 1996; Harigs 1998; Baldus 2001; Kämper 2001). Insgesamt spielt sich die Diskussion um transnationale Polizeizusammenarbeit in allererster Linie in spezialisierten Praktikerzirkeln ab, die auch über ihre eigenen Zeitschriften verfügen (*International Organized Crime*, *International Criminal Police Review*; vgl. Fijnaut/Hermans 1987; Krüger 1994; Risch 1997).

Die rapide Entwicklung des dritten Pfeilers der EU vor allem nach dem Vertrag von Amsterdam und als Vorläufer die Diskussion um das Schengen-Regime zur Abschaffung der Personenkontrollen zwischen einigen EU-Mitgliedstaaten haben zwar zu einer Vielzahl von Detailanalysen geführt, aber das Feld ist bestimmt von Sammelbänden und Artikeln, die den aktuellen Entwicklungsstand in einem sich rapide entwickelnden Politikfeld beschreiben. Die Blickrichtung ist eine integrations- und keine staats-theoretische (Bieber/Monar 1995; Monar 1998).

Neuere Entwicklungstendenzen wie der Zusammenhang zwischen transnationalem Terrorismus und transnationaler Kriminalität einerseits und nationaler Sicherheit andererseits, die die scheinbar klare Aufgabenteilung zwischen Polizei und Streitkräften und somit die Trennung zwischen innerer und äußerer Anwendung des Gewaltmonopols teilweise verschwimmen lassen, werden seit dem 11. September 2001 zwar in der breiten Öffentlichkeit diskutiert, bleiben aber wissenschaftlich auf die *Policy*-Literatur beschränkt (Williams 1994). Allerdings weist schon die soziologische Literatur zur Entstehung von Staaten auf den engen Zusammenhang zwischen Polizei und Militär hin (Knöbl 1998). Ebenso weitestgehend unaufgearbeitet ist die Rolle von Polizeiverbänden bei internationalen *peace-keeping* Einsätzen.

### **Fazit**

Es existieren somit praktisch keine theoretisch angeleiteten oder systematisch-empirischen Arbeiten zu staatlichen Präferenzen hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit der Polizei. Eine der wenigen Ausnahmen, die sich mit der Präferenzbildung beschäftigen, bilden die Arbeiten von Katzenstein (1993, 1996b) Dieser Befund läßt sich verallgemeinern. Hierfür ist die große empirische Studie von

Moravcsik (1998) zur EU-Verfassungspolitik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens symptomatisch: Im Wohlfahrtsbereich liefert Moravcsik eine empirisch umfassende und theoretisch anspruchsvolle Analyse von Entstehung und Wirkung der einschlägigen Präferenzen. Im Sicherheitsbereich dagegen zeigt sich, wie wenig die gängigen Theorien der Präferenzbildung mit den sehr differenzierten institutionellen Arrangements der EU zurechtkommen. Im Sachbereich Herrschaft werden mangels guter erklärender Theorien die staatlichen Präferenzen schlicht aufgezählt, aber nicht erklärt. Dies ist keine handwerkliche Schwäche des Autors, sondern beschreibt gut den gegenwärtigen Stand der Forschung.

Alles in allem gibt es keine umfassende empirische Analyse dessen, was einzelne Staaten hinsichtlich der Internationalisierung des Gewaltmonopols wirklich wollen oder gar vergleichende Untersuchungen hierüber. Besonders eklatant ist dieses Defizit in Bezug auf die Tätigkeit der Polizei. Hinsichtlich der Ursachen und Wirkungen dieser Präferenzen gibt es lediglich Ansätze. Die einschlägige Literatur geht in der Regel von der impliziten Annahme intakter Staatlichkeit aus. Die Frage, was die allseits beobachteten massiven Internationalisierungsschübe der letzten Jahrzehnte für diese Staatlichkeit bedeuten, die ja in der von vielen geteilten Weberschen Tradition durch das Gewaltmonopol definiert ist, wird praktisch überhaupt nicht gestellt.

### 3.4 Eigene Vorarbeiten

Die Vorarbeiten für dieses Teilprojekt lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen.

Zunächst hat Markus *Jachtenfuchs*, und hier handelt es sich um die erste Gruppe der Vorarbeiten, als Mitherausgeber eines einschlägigen Standardwerkes (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996a, 1996b, 2002) und als Mit Antragsteller des DFG-Schwerpunktprogramms „Regieren in der EU“ (Kohler-Koch/Jachtenfuchs 1996) argumentiert, daß sich die Europäische Union zu einem „dynamischen Mehrebenensystem“ entwickelt habe, das sich nur als politisches Gesamtsystem verstehen läßt, also nicht als bloße internationale Kooperation auf der Basis intakter Staatlichkeit. Dies war der programmatische Entwurf einer Forschungsfrage. Das hier beantragte Vorhaben wäre somit eine eigene empirische Konkretisierung der damals aufgeworfenen Problematik in einem zentralen Sachbereich, der zudem im DFG-Schwerpunktprogramm nur am Rande bearbeitet wurde.

Die zweite Gruppe von Vorarbeiten dreht sich um die Rolle von Ideen für die Bildung mitgliedstaatlicher Präferenzen in der EU-Verfassungspolitik. Hier ging es um die theoriegeleitete, systematisch vergleichende Rekonstruktion einschlägiger Ideensysteme und Präferenzen (Jachtenfuchs u.a. 1998; Jachtenfuchs 2002). Über

die politische Rolle von Ideen existieren bereits weiter zurückliegende Vorarbeiten (Jachtenfuchs 1995, 1996). Es zeigte sich, daß staatliche Präferenzen stark mit verfassungspolitischen Ideensystemen korrelieren. Die oben benannten Defizite einer umfassenden Theorie der Präferenzbildung konnten aber nur identifiziert und lediglich erste Schritte zu ihrer Behebung unternommen werden. Das hier beantragte Teilprojekt würde die damals begonnene theoretische Fragestellung weiter ausbauen und gleichzeitig auf eine erheblich breitere empirische Basis stellen.

#### **Literaturangaben zu den eigenen Vorarbeiten**

- Jachtenfuchs, Markus (1995) „Ideen und internationale Beziehungen“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2:2 417-442
- (1996) *International Policy-Making as a Learning Process? The European Union and the Greenhouse Effect* Aldershot usf.: Avebury
  - (2002) *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung* Baden-Baden: Nomos
  - & Thomas Diez & Sabine Jung (1998) „Which Europe? Conflicting Models of a Legitimate European Political Order“ *European Journal of International Relations* 4:3 409-445
  - & Beate Kohler-Koch, Hg. (1996a) *Europäische Integration* Opladen: Leske und Budrich
  - (1996b) „Regieren im dynamischen Mehrebenensystem“ in: *Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996a* 15-44
  - Hg. (2002<sup>2</sup>) *Europäische Integration* Opladen: Leske und Budrich (1996<sup>1</sup>) (i.V.)
- Kohler-Koch, Beate & Markus Jachtenfuchs (1996) „Regieren in der EU. Fragestellungen für eine interdisziplinäre Europaforschung“ *Politische Vierteljahresschrift* 37:3 537-556

### **3.5 Arbeitsprogramm (Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan)**

#### **3.5.1 Forschungsziele**

##### **Problematik**

In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, von der Europäischen Union als einem Mehrebenensystem zu sprechen. Dahinter steht die Vorstellung, daß die EU nicht mehr lediglich als eine internationale Organisation begriffen werden kann, an die ihre Mitgliedstaaten auf der Basis ihrer Präferenzen und Interessenlagen Entscheidungskompetenzen delegieren, sondern daß die EU ein politisches Gesamtsystem darstellt, von dem die Mitgliedstaaten nur ein Teil sind. Die Vermutung lautet, daß diese Zugehörigkeit in ein staatenübergreifendes Mehrebenensystem nicht nur die Rahmenbedingungen für autonomes Handeln der Mitgliedstaaten verändert, sondern ihren Charakter als Staaten selbst berührt. Staaten binden sich freiwillig in ein übergreifendes politisches System ein, das Rationalitätskriterien (Lepsius 1995, 1997) für richtiges und angemessenes Handeln bereitstellt. Gleichzeitig

schaffen sie wiederum freiwillig Institutionen zur Überwachung und Sanktionierung von Regelverstößen. Schon die frühe Europaforschung hat deshalb intensiv und kontrovers diskutiert, ob Staatlichkeit in der EU im Wandel begriffen sei (beispielhaft Haas 1964; Hoffmann 1966).

Die Antwort auf diese Frage hat Auswirkungen, die weit über die Europaforschung im engeren Sinn hinausgehen. Für die Theorie der internationalen Beziehungen wäre es eine Absage an die realistische These, daß Anarchie eine unüberwindbare Grundstruktur des internationalen Systems darstelle und eine Bestätigung der etwa von der sog. „englischen Schule“ vertretenen Ansicht, daß unterschiedlich Abstufungen internationaler Vergesellschaftung möglich seien (Buzan/Little 2000; Watson 1990). Für die Rechtswissenschaft würde sich so die Möglichkeit eines Konstitutionalismus jenseits der Staatlichkeit eröffnen (Pernice 2000; Weiler 1997). Diese Prozesse einer graduellen Vergesellschaftung und Konstitutionalisierung werden in ihrer Intensität je nach Kausalfaktoren und Rahmenbedingungen variieren. In einer sehr langfristigen Perspektive könnte man von einem Prozeß der Zivilisation (Elias 1985, 1988) sprechen. Dies hat wiederum Implikationen für empirische und theoretische Fragen politischer Herrschaft.

Staatsübergreifende Mehrebenensystem wurden bisher allerdings hauptsächlich im Bereich Wohlfahrt diskutiert. Das gilt sowohl für die EU als auch z.B. für die WTO. Wenn die internationale Vergesellschaftung allerdings mehr sein soll als eine Veranstaltung zur Realisierung von Kooperationsgewinnen, dann muß sie sich auch auf die staatlichen Gewaltmittel erstrecken. Das gilt erst recht für die mit einem Zivilisierungsprozeß im Sinne Elias' verbundene Affektkontrolle. Ließe sich ein Wandel in der Nutzung des Gewaltmonopols nachweisen, so wäre dies in der Weberschen Tradition bereits synonym mit einem Wandel von Staatlichkeit. Daran anzuschließen wäre die Frage, wie der neue Typus oder die neuen Typen von Staatlichkeit auf den Begriff zu bringen sind. Daß hier etwas qualitativ Neues im Entstehen begriffen ist, wird immer wieder vermutet. Helen Wallace hat hier in Bezug auf die Innen- und Justizpolitik der EU den Begriff des *intensive transgovernmentalism* (Wallace 2002) geprägt. Die Europaforschung und die Internationalen Beziehungen haben für die Rolle des Staates die Metapher der Artischocke benutzt, bei der lediglich die äußeren Blätter entfernt würden. Weder in der Wissenschaft noch in der politischen Debatte wurde aber die Frage offensiv gestellt, was denn eigentlich passiert, wenn man zum Herz der Artischocke vorstößt. Darum geht es in diesem Projekt.

### **Untersuchungsfragen**

Das sind sehr weitreichende Fragen, die lediglich den theoretischen Hintergrund dieses Teilprojektes darstellen. Damit solche Diskussionen nicht nur auf sehr

grundsätzlichem Niveau geführt werden und deshalb fruchtlos bleiben, müssen sie eine starke empirische Verankerung aufweisen. Die Leitfrage des Projektes lautet deshalb: *Inwieweit, warum und mit welchen Folgen verändern sich staatliche Präferenzen hinsichtlich Form und Nutzung des Gewaltmonopols?* Der Begriff des Gewaltmonopols ist hier restriktiv ausgelegt. Es geht nur um die Nutzung von Militär und Polizei im engeren Sinn. Diese Leitfrage gliedert sich auf in drei Teilfragen:

1. In welchen Sachbereichen und innerhalb welcher institutioneller Formen sind Staaten bereit, die Nutzung von Gewaltmitteln in einen internationalen Rahmen zu stellen? Hier geht es um die empirische Bestandsaufnahme der einschlägigen staatlichen Präferenzen.
2. Wie lassen sich diese Präferenzen erklären? Was sind die Ursachen für diesen Wandel oder sein Ausbleiben ja nach Sachbereich?
3. Welche Wirkungen haben diese Präferenzen? Welche Typen von Institutionen entstehen und welche Rückwirkungen ergeben sich auf internationale Institutionen wie auf staatliche Identitäten und Strukturen? Sind diese Wirkungen dauerhafter Natur? Wie lassen sich die entstehenden Mehrebenensysteme auf den Begriff bringen?

Besonderes Gewicht soll dabei auf die Ausdifferenzierung des Gewaltmonopols gelegt werden, also darauf, ob in bestimmten, teilweise eng begrenzten Teilgebieten andere Formen der Internationalisierung gewählt werden als anderswo, warum dies so ist und welche Folgen dies hat.

### **Dimensionen des Wandels**

Das Gewaltmonopol ist wie das Steuermonopol per Definition rein staatlich. Im Gegensatz zu letzterem wird allerdings mittlerweile auch über die Formen und Konsequenzen einer Privatisierung von Funktionen diskutiert, die früher zweifelsfrei zum Aufgabenbereich der Polizei gehörten (Stober/Pitschas 2001). An den Rändern der OECD-Welt und außerhalb spielen zudem Privatarmeen eine nicht zu vernachlässigende und allem Anschein nach wachsende Rolle. Zwar soll die Wichtigkeit dieser Entwicklung für Staatlichkeit nicht geleugnet werden. Die qualitativ und quantitativ bedeutendste Entwicklung für den DRIS im Kern der OECD-Welt ist allerdings die Internationalisierung. Aufgrund dieser starken Asymmetrie in den Dimensionen des Wandels soll sich die Untersuchung hierauf konzentrieren. Angesichts der schlechten Materiallage vor allem im Bereich der internationalen Zusammenarbeit der Polizei empfiehlt sich eine fokussierte Vorgehensweise auch deshalb, um hier überhaupt substantielle empirische Ergebnisse erzielen zu können.

### Variablen und Hypothesen

Es gibt keine systematisch-vergleichende und theoretisch angeleitete Bestandsaufnahme von Inhalt und Wandel staatlicher Präferenzen hinsichtlich der Internationalisierung des Gewaltmonopols, und es gibt auch keine unumstrittenen oder konkurrierenden Theorien der Präferenzbildung und des Präferenzwandels in diesem Bereich. Darum ist der Charakter der Untersuchung zunächst und zuallererst explorativ.

Die *abhängige Variable* bilden themenspezifische institutionenpolitische Präferenzen. Diese sollen zunächst systematisch erhoben und in zwei Dimensionen ausdifferenziert werden. Dabei geht es zum einen um die zu behandelnden Themen, zum anderen um die für deren Bearbeitung gewählten Institutionen.

*Themen:* Der zu untersuchende Sachbereich (vgl. weiter unten, „Sachbereichsauswahl“) muß ausdifferenziert werden, denn der Komplexität realer staatlicher Präferenzen würde durch eine Untersuchung etwa von „Militäreinsätzen“ nur unzureichend Rechnung getragen. Stattdessen muß beispielsweise unterschieden werden zwischen friedenserzwingenden und friedenserhaltenden Maßnahmen, Maßnahmen mit oder ohne UN-Mandat, der Verabschiedung gemeinsamer Strategien usf. Ein Analyseraster sähe beispielsweise so aus:

**Abbildung 1: Beispiel für ein Analyseraster**

1. Klassischer Krieg 1.1. Selbstverteidigung 1.1.1. ... 1.2. friedenschaffende Maßnahmen 1.2.1. gemeinsame Positionen 1.2.2. Intervention mit UN-Mandat 1.2.3. Intervention ohne UN-Mandat 1.3. ...
2. Bürgerkrieg 2.1. ... 2.1.1. ... 2.1.2. ...
3. ...
4. ...

Die Hierarchisierung der Einträge dient lediglich der inhaltlichen Strukturierung des Materials; die Hauptgliederungspunkte, die den zu untersuchenden Sachbereichen entsprechen (vgl. weiter unten) werden dadurch ausdifferenziert. Empirisch untersucht wird nur die jeweils unterste Gliederungsebene.

*Institutionenwahl:* Große Sachbereiche wie Sicherheit oder Herrschaft werden nicht von einer einzigen internationalen Institution bearbeitet. „Internationale Institution“ wird hier als Sammelbegriff für internationale Organisationen, internati-

onale Regime und informelle Konventionen verwendet (Keohane 1989). Oft werden sogar inhaltlich vergleichbare Detailfragen von mehreren internationalen Institutionen bearbeitet. Dies entgeht Untersuchungen, die nur auf eine einzelne Institution zentriert sind. Innerhalb einer internationalen Institution (etwa der EU) existieren andererseits oft große Unterschiede hinsichtlich der Kooperationsintensität je nach Thema.

Aus diesem Grund soll hier ergebnisoffen von den Staaten ausgehend untersucht werden, welche Fragen aus welchen Gründen in welchen Institutionen bearbeitet werden sollen. Als Nebeneffekt geraten dabei auch Institutionen in den Blick, die häufig abseits der allgemeinen Aufmerksamkeit liegen (etwa der Europarat).

Diese Institutionen lassen sich hinsichtlich der in ihnen stattfindenden Kooperationsintensität differenzieren. Eine einfache Ordinalskala zur Messung des Internationalisierungsgrades würde etwa unterscheiden zwischen bloßen Konsultationspflichten (1), der gemeinsamen Durchführung von Maßnahmen (*pooling* von Souveränität) mit einstimmiger Beschlußfassung (2) oder mit Mehrheitsabstimmungen (3) und der Delegation von Ausführungsbefugnissen an unabhängige Institutionen (4).

Durch die Kombination dieser beiden Dimensionen „Thema“ und „Institutionenwahl“ läßt sich eine umfassende und empirisch gesättigte Beschreibung der staatlichen Präferenzen hinsichtlich der Internationalisierung des Gewaltmonopols leisten. Für jedes einzelne Thema entsprechend der obigen Tabelle würde dazu der Institutionalisierungsgrad erhoben, die für die Bearbeitung präferierte(n) Institution(en) sowie zusätzliche qualitative Informationen, die durch die Skalierung ansonsten verloren gingen. Zu Teilaspekten liegen in der Literatur bereits einschlägige Skalen vor (Lindberg 1971; Schmitter 1996; Schmidt 1999), die für den Projektzweck weiter verfeinert werden können. Ebenso verfügt der Antragsteller über eigene Erfahrung mit dieser Methode (Jachtenfuchs 2002). Die genaue Festlegung soll in der ersten Projektphase erfolgen und in einem Pre-Test auf ihre Brauchbarkeit hin untersucht werden.

Die zur Erklärung herangezogenen Faktoren (*unabhängige Variable*) lassen sich zu drei Bündeln zusammenfassen:

1. *Transnationalisierung der Problemlagen*: Hier geht es um die Überprüfung der Hypothese, daß Staaten zu einer Internationalisierung des Gewaltmonopols nur bereit sind, wenn starke Veränderungen der Situation die (objektive) Interessenlage der Staaten grundlegend beeinflussen. Hierzu zählt etwa eine massive Zunahme von kriegesischen Konflikten in unmittelbarer Nähe, ein Anstieg terroristischer Anschläge usw. (für entsprechende Datensätze vgl. Beisheim u.a. 1999). Dies sind Erklärungsansätze nach dem Muster des Realismus, der Interdependenzanalyse oder polit-ökonomischer Theorien.

2. *Ideensysteme*: Unterschiedliche Vorstellungen über angemessenes Handeln und über die Interpretation bestimmter Situationen führen, so die hier verfolgte These, unter ansonsten gleichen Bedingungen zu unterschiedlichen Präferenzen bei den Staaten. Ein Beispiel wäre die Deutschland unterstellte multilateralistische Orientierung bzw. sein Rollenverständnis als Zivilmacht im Gegensatz zur französischen Orientierung an nationaler Souveränität (Wagner/Hellmann 2002.; Kirste/Maull 1996). Dies sind Erklärungsansätze konstruktivistischer Herkunft.
3. *Innenpolitische Strukturen*: Hierzu zählen die Struktur und Stärke einschlägiger Interessenvermittlungssysteme, administrative Strukturen, Staatsaufbau (föderal/zentralistisch) usf. Beispielsweise ließe sich argumentieren, daß der fragmentierte und innenpolitisch „schwache“ italienische Staat stärker zur Internationalisierung neigt als der „starke“ französische Staat. In der Sprache der Internationalen Beziehungen sind dies *domestic structure*-Ansätze.

Diese Faktorenbündel sollen in der zweiten Projektphase auf der Basis einer Durchsicht einschlägiger Theorieansätze, soweit diese verfügbar sind, weiter konkretisiert und für die empirische Untersuchung operationalisiert werden.

Insgesamt, so die Vermutung, sind äußere Einflüsse *Anstoß* für Präferenzwandel in Richtung Internationalisierung – warum sollten Staaten eine ihrer kostbarsten Ressourcen, das Gewaltmonopol, ohne Not Beschränkungen unterwerfen? Die genaue Ausformung dieser Präferenzen ist aber durch solche letztlich strukturalistischen Theorien nur grob vorherzusagen. Ausgehend von den Vorarbeiten des Antragstellers wird erwartet, daß Ideensysteme für die *Konkretisierung* solcher strukturell vorgegebenen Handlungskorridore verantwortlich sind und für eine große Varianz der jeweiligen staatlichen Präferenzen sorgen. Innenpolitische Strukturen sind möglicherweise für weitere *Einschränkung* der denkbaren Präferenzen verantwortlich.

In der dritten Phase geht es um die Wirkungen dieser Präferenzen. Der Blickwinkel richtet sich dabei zum einen auf die entstandenen und entstehenden internationalen Institutionen. Wie läßt sich deren Gestalt mit den Präferenzen der untersuchten Staaten (vgl. weiter unten) erklären, welche Konfliktlinien zeichnen sich ab und wie läßt sich das entstandene Netz von Mehrebenensystemen, die im Bereich des Gewaltmonopols tätig sind, auf den Begriff bringen? Hier geht es um die Fortführung des mit dem Projekt beabsichtigten Beitrags zur Theorie internationaler Institutionen. Zum anderen richtet sich der Blick nach innen: Wenn selbst das Gewaltmonopol nicht mehr ausschließlich in staatlicher Hand ist, welche Auswirkungen ergeben sich dann für die Legitimation und Kontrolle staatlicher Politik in diesem Bereich? Hier geht es um einen Beitrag zur Theorie des Konstitutionalismus in

der postnationalen Konstellation. In diesem Teilbereich soll die Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaft gesucht werden.

### **3.5.2 Untersuchungsmethode**

Um einen möglichen Wandel staatlicher Präferenzen im Hinblick auf die Internationalisierung des Gewaltmonopols beschreiben, erklären und in seinen Konsequenzen einschätzen zu können, ist zunächst die Erstellung eines möglichst breit angelegten Datensatzes notwendig, da hier nicht wie in anderen Bereichen auf bereits etablierte Datenbestände zurückgegriffen werden kann. Dabei ist es notwendig, einen Mittelweg zwischen Breite (möglichst viele Länder, quantitative Studie) und Tiefe (möglichst viele und ausdifferenzierte Sachbereiche, Einzelfallstudie) zu finden.

#### **Sachbereichsauswahl**

Die Auswahl der untersuchten Sachbereiche verfolgt zunächst das Ziel, eine hohe Varianz der abhängigen Variable zu erreichen, um nicht das Ergebnis „Veränderung von Staatlichkeit“ durch das Untersuchungsdesign zu präjudizieren. Gleichzeitig müssen die analysierten Bereiche wesentliche Elemente des Gewaltmonopols abdecken. Schließlich sollte auch der Bereich erfaßt werden, in dem sich die klassisch getrennten Aufgaben von Militär und Polizei zunehmend ergänzen und der nach weitverbreiteter Meinung in der Literatur an Bedeutung gewinnt. Dies bezieht sich auf die Verquickung von Bürgerkrieg, Staatsterrorismus, Terrorismus und Drogenhandel (Kaldor 2000; Laqueur 1996, 2001). Schließlich müssen alle auch einen Vergleich zwischen den 1970er und den 1990er Jahren erlauben. Es wurden deshalb die folgenden vier Bereiche ausgewählt:

- *klassischer Krieg*: Gegenstand ist hier einerseits die Landesverteidigung, andererseits die unterschiedlichen Formen militärischer Intervention bei zwischenstaatlichen Kriegen;
- *Bürgerkrieg*: Hier geht es um innergesellschaftliche gewalttätige Konflikte, bei denen die zu untersuchenden Staaten (s.u.) über eine Nutzung von Gewaltmitteln zur Beendigung der Konflikte nachdenken;
- *transnationaler Terrorismus*: Dabei handelt es sich um eine schon früh thematisierte Herausforderung der Staaten, die eine intensive Zusammenarbeit zu erfordern schien;
- *grenzüberschreitende Kriminalität*: Hier geht es um diejenigen Formen von Verbrechen, die nicht als eine Bedrohung der Staaten selbst wahrgenommen werden, sondern lediglich aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters gemeinsames Handeln erfordern. Selbst dabei sind starke Unterschiede zwischen EU-Mitgliedstaaten zu erwarten.

Zwischen diesen vier Sachbereichen gibt es fließende Übergänge. Sie sind auch nicht als scharf voneinander getrennte Klassen von Merkmalskonfigurationen oder Kausalfaktoren gedacht, sondern als eine Heuristik zur Strukturierung der Vielfalt staatlicher Präferenzen. Die eigentliche Analyse soll auf der Ebene konkreter Fälle erfolgen.

### **Länderauswahl**

Da die Untersuchung in der ersten Phase nicht hypothesenüberprüfend, sondern explorativ angelegt ist, soll zunächst ein möglichst breites Spektrum an staatlichen Präferenzen erfaßt werden. Dazu ist es sinnvoll, möglichst unterschiedliche „Staatsprofile“ zu betrachten. Untersucht werden sollen zunächst nur große Staaten, da für diese entsprechend einem „folk theorem“ der Europaforschung die Internationalisierung nicht von vornherein alternativenlos ist. Die Merkmale „EU-Mitgliedschaft“, „NATO-Mitgliedschaft“ und „Mittelmacht“ werden so konstant gehalten. Die USA als Sonderfall hinsichtlich Größe und Macht sowie ein oder zwei kleinere Staaten sollen zur Kontrolle der gewonnenen Ergebnisse in der zweiten Projektphase untersucht werden. Da Dokumentenanalyse eine wichtige Rolle spielt, müssen auch die Sprachkenntnisse potentieller Projektmitarbeiter beachtet werden. Im einzelnen werden betrachtet:

- *Deutschland*: „Schengen“-Mitglied, lange und schwer zu kontrollierende Grenze auch zum früheren Warschauer Pakt, starke internationalistische Ideensysteme, Föderalstaat, dezentrales Polizeisystem;
- *Frankreich*: „Schengen“-Mitglied, NATO-kritisch, starke Betonung staatlicher Souveränität, Zentralstaat, zentralistisches Polizeisystem;
- *Großbritannien*: nicht im „Schengen“-Verbund, Insellage, starke Betonung staatlicher Souveränität, Zentralstaat, dezentrales Polizeisystem;
- *Italien*: „Schengen“-Mitglied, lange, schwer kontrollierbare Grenze, stark internationalistische Ideensysteme, schwacher Staat, zentralistisches, aber fragmentiertes Polizeisystem.

### **Kooperationspartner**

In der ersten Phase soll vor allem die bestehende Zusammenarbeit mit Experten intensiviert werden, die entweder an ähnlichen Sachthemen oder an einer vergleichbaren theoretischen Fragestellung arbeiten. Dies sind

- *Gunther Hellmann* (Universität Frankfurt), der ein DFG-Projekt über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU leitet, das auch drei der hier analysierten EU-Mitgliedstaaten umfaßt;

- *Anna Leander* (Copenhagen Peace Research Institute), die über die Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie über die Privatisierung von Sicherheit forscht;
- *Hanns Maull* und sein Team (Universität Trier), die sowohl über außenpolitische Rollenkonzepte und Verhaltensprofile forschen als auch über hohe Sachkompetenz im Bereich der deutschen und französischen Sicherheitspolitik verfügen;
- *Andrew Moravcsik* (Harvard University), der wichtige Arbeiten zu Theorien der Präferenzbildung und zur EU-Politik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens vorgelegt hat.

### **Untersuchungszeitraum**

Der Untersuchungszeitraum umfaßt die Periode zwischen 1970 und etwa 2010. Dieser Zeitraum soll nicht flächendeckend abgearbeitet werden, sondern mit einem Fokus auf zwei Zeitfenstern:

- *1970er Jahre*: Der DRIS ist voll entfaltet, aber nun setzt eine starke Transnationalisierung von Problemlagen ein, die auch das Gewaltmonopol betreffen. Als Reaktion werden zu den bestehenden internationalen Institutionen neue geschaffen, die diese Problematik aufgreifen oder existierende Institutionen diesbezüglich verändert.
- *späte 1990er Jahre*: Die Transnationalisierung von Problemlagen hat sich nicht zuletzt durch den EU-Binnenmarkt und das Ende des Ost-West-Konfliktes deutlich verstärkt. „Global governance“ ist eine auch politisch diskutierte Option.

Diese Einteilung in Zeitphasen erlaubt einerseits einen intertemporalen Vergleich, gibt aber andererseits die Möglichkeit der vertieften Untersuchung von Einzelfällen nicht aus der Hand.

### **Methodische Vorgehensweise**

Das Projekt beruht auf vier parallelen Fallstudien. Für jedes Land werden die Präferenzen in den vier oben beschriebenen Sachbereichen erhoben. Die einzelnen Länderstudien sollen intensiv miteinander kooperieren. Das bezieht sich vor allem auf die Festlegung der konkreten Untersuchungsfälle. Ein „Fall“ bezieht sich hier nicht auf ein Land, sondern auf die Präferenzen eines bestimmten Landes hinsichtlich eines bestimmten Themas zu einem bestimmten Zeitraum. Ein Beispiel wären die Präferenzen Deutschlands hinsichtlich der schnellen Eingreiftruppe der EU in den späten 1990er Jahren. Soweit möglich sollen die gleichen oder zumindest ver-

gleichbare Problemfelder quer durch die zu untersuchenden Länder analysiert werden.

Die Präferenzen selbst werden durch kritisches Quellenstudium einer möglichst großen Anzahl von offiziellen und möglichst auch internen Dokumenten erhoben. Nur falls Präferenzen anders nicht zu ermitteln sind, soll auf Interviews zurückgegriffen werden. Präferenzen werden von Strategien, Taktiken, rhetorischen Rechtfertigungen usf. dadurch unterschieden, daß sie sich auf relativ abstrakte erwünschte Interaktionsergebnisse beziehen, die eine gewisse zeitliche Stabilität aufweisen (vgl. Moravcsik 1997; Zürn 1997). Eine solche Vorgehensweise hat sich in der Praxis bereits bewährt (vgl. ausführlicher Jachtenfuchs 2002: 220-224). Neben den von den Staaten selbst produzierten Dokumenten und der Medienberichterstattung ist vor allem im Hinblick auf die Europäische Union die spezialisierte Nachrichtenagentur „Agence Europe“ eine unverzichtbare Informationsquelle. Vor allem in den Sachbereichen „transnationaler Terrorismus“ und „grenzüberschreitende Kriminalität“ werden auch Archivrecherchen und Interviews bei den jeweiligen Ministerien bzw. internationalen Institutionen notwendig sein.

Durch dieses Verfahren entsteht eine tabellenartig darstellbare Kombination von Fällen (den spezifischen Themen wie z.B. „friedensschaffende Maßnahmen mit UN Mandat bei Bürgerkriegen“ in einer Organisation, etwa der EU) mit Merkmalen („gemeinsame Maßnahmen mit einstimmiger Beschlußfassung“, Wert „2“ auf der oben vorgestellten Beispielskala zur Messung von Internationalisierung). Schematisiert könnte eine solche Tabelle folgendermaßen aussehen. Die Zahlenwerte beziehen sich auf die oben beispielhaft entwickelte Internationalisierungsskala. Alle Werte sind frei erfunden und dienen nur der Illustration.

**Abbildung 2: Beispiel für eine tabellarische Datenerfassung**

		Land 1 70er Jahre	Land 1 70er Jahre (Anmerkungen)	Land 2 70er Jahre	...
Thema 1	EU	4	Konflikt innerhalb der Regierungskoalition	3	
	NATO	4		-	
	UN	2		2	
	...				
Thema 2	EU	...		...	
Thema 3	...	...			
...					

Es handelt sich nicht um eine klassische Studie mit hoher Fallzahl, aber auch nicht um eine bloße Kombination von qualitativen Einzelfallstudien. Die Untersuchung fügt sich somit in den Trend in der Methodendiskussion der Sozialwissenschaften ein, die als unfruchtbar empfundene Gegenüberstellung von quantitativen und qualitativen Methoden zu überwinden. Hierzu wurden eine Reihe von methodischen Werkzeugen entwickelt, etwa die „qualitative comparative analysis“ von Charles Ragin (Ragin 1987, 1994; Berg-Schlosser/Quenter 1996; vgl. Ragin u.a. 1996).

Zu den Verfahren, die sich für „mittelgroße“ Datensätze eignen, also für solche, deren Strukturen sich weder mit einem Blick erfassen noch mit den klassischen statistischen Verfahren analysieren lassen, zählt auch die „formale Begriffsanalyse“. Es handelt sich um ein Verfahren der angewandten Mathematik (Ganter/Wille 1996). Es eignet sich besonders dazu, aus unübersichtlichen und schwach strukturierten Datenbeständen Informationen zu gewinnen. Der analytische Gewinn entsteht durch die graphische Darstellung der Daten, die eine Aufdeckung inhaltlicher Zusammenhänge erlaubt, die sonst unbemerkt geblieben wären. Das Verfahren wird seit einigen Jahren in einer Vielzahl von sehr unterschiedlichen Bereichen angewandt, darunter auch in der Politikwissenschaft (Kohler-Koch 1989; Kohler-Koch/Vogt 1994; ebenso im Darmstädter Projekt zur Exploration und Visualisierung der „Regime-Datenbank“).

Sowohl die „qualitative comparative analysis“ als auch die formale Begriffsanalyse stellen einen guten Kompromiß aus leichter Erlernbarkeit und hohem analytischem Ertrag her. Sie sollen deshalb in der zweiten Projektphase, die der Erklärung der Präferenzen gewidmet ist, zur Anwendung kommen. Als Vorbereitung sollen in der ersten Phase die erhobenen Präferenzen nicht nur frei beschreibend,

sondern auch formalisiert in einer Datenbank erfaßt werden, um die spätere Arbeit mit ihnen zu erleichtern.

### 3.5.3 *Arbeitsritte und Zeitplan*

#### **Phasen**

Die drei Phasen des gesamten Projektes bauen aufeinander auf und ergänzen sich. Die Basis für die gesamte Projektarbeit bildet der in der *ersten* Phase erhobene Datensatz mit der Beschreibung der staatlichen Präferenzen. Hier bestehen partielle Kooperationsmöglichkeiten mit Teilprojekt D3 (Prävention und Intervention). In der *zweiten* Phase sollen diese Präferenzen erklärt werden. Zudem sollen hier zur Verbreiterung der Vergleichsbasis noch die USA und mindestens ein kleiner Staat hinzugenommen werden. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Theoriearbeit, aber auch auf der teilweise noch notwendigen Erhebung von Daten zu den unter „Variablen und Hypothesen“ genannten Faktorenbündeln. Hinsichtlich dieser Daten kann teilweise auf vorhandene Daten aus der Sekundärliteratur und aus eigenen Vorarbeiten zurückgegriffen werden (Diez 1999; Jung 1999; Jachtenfuchs 2002). In der *dritten* Phase geht es um die Wirkung dieser Präferenzen. Im Zentrum stehen die Gestalt der entstandenen Mehrebenensysteme und ihre Konsequenzen für Staatlichkeit in einem zentralen Aspekt der Ressourcendimension. Da eine dynamische Entwicklung im gesamten Untersuchungsbereich zu erwarten ist, sollen auch in der zweiten und dritten Phase noch Präferenzen zu den vier Sachbereichen erhoben werden.

#### **Arbeitsritte**

Im **1.** Arbeitsschritt in der ersten Projektphase sollen die zu untersuchenden Fälle im oben erläuterten Sinn für alle Länder festgelegt werden. Ebenso soll hier zur Beobachtung der abhängigen Variable „Präferenzen hinsichtlich der Internationalisierung des Gewaltmonopols“ ein differenziertes Kategorienschema erarbeitet werden, das ihre fallübergreifende Messung erlaubt. Dieses Schema soll an einem der vier zu untersuchenden Sachbereiche geprobt und gegebenenfalls verfeinert werden. Der **2.**, **3.**, **4.** und **5.** Arbeitsschritt dienen jeweils der Analyse eines der vier Sachbereiche. Da in den Bereichen „transnationaler Terrorismus“ und „grenzüberschreitende Kriminalität“ der Aufwand für die empirische Erhebung größer ist als in den anderen beiden Bereichen, wird hierfür mehr Zeit veranschlagt. Im **6.** Untersuchungsabschnitt steht der Vergleich der Ergebnisse und die Herausarbeitung spezifischer Konfigurationen und Muster von Präferenzen im Vordergrund.

### **Zeitplan**

So ergibt sich folgende schematische Arbeitsabfolge der ersten vier Jahre:

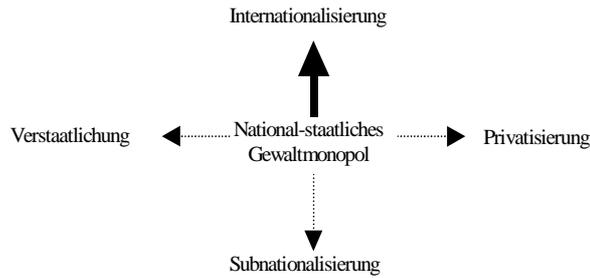
<b>Arbeitsschritte</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Fallauswahl, Pre-Test, Kategorienschema	■	■		
Sachbereich „transnationaler Terrorismus“	■	■		
Sachbereich „grenzüberschreitende Kriminalität“		■	■	
Sachbereich „klassischer Krieg“			■	■
Sachbereich „Bürgerkrieg“				■
Vergleich und Herausarbeitung von Präferenzmustern				■

### **3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojekts**

Das Teilprojekt beschäftigt sich mit dem Wandel der Ressourcendimension von Staatlichkeit. Es bearbeitet mit dem Medium Gewalt einen der beiden Aspekte dieser Dimension. Somit geht es um einen Bereich, der für viele *das* Definitionsmerkmal moderner Staatlichkeit schlechthin ist. Untersucht wird nur eine mögliche Internationalisierung des Gewaltmonopols, da hier die stärksten und für den DRIS bedeutsamsten Veränderungen vermutet werden.

Unter Internationalisierung wird dabei keine Übertragung des Gewaltmonopols von Staaten an internationale Institutionen im Sinne eines Nullsummenspiels verstanden, sondern eine die freie Verfügung einschränkende Einbindung der Staaten in solche Institutionen und die Entstehung emergenter Strukturen. Vermutet wird, daß Staaten sehr differenziert sachbereichsspezifisch festlegen, welchen Typus von Internationalisierung sie wollen. Somit wäre auch der vielfach als intakt angesehene „Kern“ von Staatlichkeit in staatsübergreifende Mehrebenensysteme eingebunden. Wie die diesbezüglichen staatlichen Präferenzen aussehen, wie sie zu erklären sind und wie sie wirken ist die Leitfrage des Projektes.

**Abbildung 3: Die zwei Achsen territorialstaatlichen Wandels**



Das hier beantragte Teilprojekt D2 wird durch die beiden anderen Teilprojekte, die sich mit der Ressourcendimension auseinandersetzen, hervorragend ergänzt. Teilprojekt D3 („Prävention und Intervention“) untersucht den Wandel von Staatlichkeit in mehreren Dimensionen, behandelt aber nur einen Ausschnitt aus den in D2 untersuchten Sachbereichen. Während der Zugang und die Fallauswahl in D3 über die internationale Ebene (Interventions- und Präventionsregimes) erfolgt, wählt D2 einen Blickwinkel vom Staat her. Die sich dabei ergebenden Berührungspunkte sind komplementär und sollten eine fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Projekte ermöglichen. Vor allem hinsichtlich der Erhebung der Präferenzen bestehen Synergienmöglichkeiten.

Teilprojekt D1 („Steuerpolitik“) nimmt dagegen eine ähnliche Perspektive wie D2 ein, untersucht aber das zweite Medium in der Ressourcendimension. Es bildet damit eine optimale Ergänzung zu D2. Vor allem hinsichtlich der theoretisch-konzeptionellen Untersuchung des Wandels von Staatlichkeit ist eine intensive Zusammenarbeit vorgesehen.

### **3.7 Abgrenzung von anderen geförderten Projekten**

Von dem Antragsteller betriebene Projekte verwandten Zuschnitts werden von der DFG und anderen Zuwendungsgebern nicht gefördert.

## Literatur

- Anderson, Malcolm (1989) *Policing the World. Interpol and the Politics of International Police Cooperation* Oxford: Clarendon
- Aubert, Jacques (1979) *L'Etat et sa police en France. 1789-1914* Genf: Droz
- Baldus, Manfred (2001) *Transnationales Polizeirecht. Verfassungsrechtliche Grundlagen und einfach-gesetzliche Ausgestaltung polizeilicher Eingriffsbefugnisse in grenzüberschreitenden Sachverhalten* Baden-Baden: Nomos
- Baylay, David H. (1975) „The Police and Political Development in Europe“ in: Charles Tilly, Hg. *The Formation of National States in Western Europe* Princeton, NJ: Princeton University Press 328-379
- Berg-Schlosser, Dirk & Sven Quenter (1996) „Makro-quantitative vs. makro-qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Vorzüge und Mängel komparativer Verfahrensweisen am Beispiel der Sozialstaatstheorie“ *Politische Vierteljahresschrift* 37:1 100-118
- Beisheim, Marianne, Sabine Dreher, Gregor Walter, Bernhard Zangl & Michael Zürn (1999) *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung* Baden-Baden: Nomos
- Bieber, Roland & Jörg Monar, Hg. (1995): *Justice and Home Affairs in the European Union. The Development of the Third Pillar* Bruxelles: European Interuniversity Press
- Bigo, Didier, Hg. (1992) *L'Europe des polices et de la sécurité intérieure* Bruxelles: Editions Complexe.
- Bloch-Lainé, Amaya (1999) „Franco-German Co-operation in Foreign Affairs, Security and Defence. A Case Study“ in: Douglas Webber, Hg. *The Franco-German Relationship in the European Union* London: Routledge 148-158
- Boekle, Henning, Volker Rittberger & Wolfgang Wagner (2001) „Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11:1 71-103
- Buzan, Barry & Richard Little (2000) *International Systems and World History. Remaking the Study of International Relations* Oxford: Oxford University Press
- Czempiel, Ernst-Otto (1981) *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell* Paderborn: Schöningh
- Deflem, Mathieu (2000) „Bureaucratization and Social Control. Historical Foundations of International Police Cooperation“ *Law and Society Review* 34:3 739-779
- Diez, Thomas (1999) *Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte* Opladen: Leske und Budrich
- Doyle, Michael W., Ian Johnstone & Robert L. Orr (1997) *Keaping the Peace. Multidimensional UN Operations in Cambodia and El Salvador* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Duffield, John S. (1999) „Political Culture and State Behavior. Why Germany Confounds Neorealism“ *International Organization* 53:4 765-803
- Elias, Norbert (1985) *Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985)* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1988) *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen* Frankfurt: Suhrkamp<sup>13</sup>

- Fijnaut, Cyrille J.C.F. & R. H. Hermans, Hg. (1987) *Police cooperation in Europe. Lectures at the International Symposium on Surveillance, Rechercheschool Zutphen, March 2-5, 1987* Lochem: Van den Brink
- Fooner, Michael (1989) *Interpol. Issues in World Crime and International Criminal Justice* New York; London: Plenum
- Frieden, Jeffrey A. (1988) „Invested Interests. The Politics of National Economic Policies in the World of Global Finance“ *International Organization* 45:3 425-451
- Funk, Albrecht (1986) *Polizei und Rechtsstaat. Die Entwicklung des staatlichen Gewaltmonopols in Preußen 1848-1914* Frankfurt a.M./New York: Campus
- Ganter, Bernhard & Rudolf Wille (1996) *Formale Begriffsanalyse* Berlin usf.: Springer
- Gordon, Philip H. (1994) *Die Deutsch-Französische Partnerschaft und die Atlantische Allianz* Bonn: Europa Union Verlag
- Grosser, Alfred (1984) *Affaires extérieures. La politique de la France 1944/1984* Paris: Flammarion
- Haas, Ernst (1964) „Technocracy, Pluralism, and the New Europe“ in: Stephen R. Graubard, Hg. *A New Europe?* Boston: Houghton Mifflin 62-88
- Haftendorn, Helga & Otto Keck, Hg. (1997) *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen* Baden-Baden: Nomos
- Haftendorn, Helga, Robert O. Keohane & Celeste A Wallander, Hg. (1999): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford usf.: Oxford University Press
- Haglund, David G. (1991) *Alliance Within the Alliance? Franco-German Military Cooperation and the European Pillar of Defense* Boulder, CO: Westview
- Hailbronner, Kay, Hg. (1996) *Zusammenarbeit der Polizei- und Justizverwaltungen in Europa. Die Situation nach Maastricht, Schengen und SIS* Heidelberg: Kriminalistik-Verlag
- Hanrieder, Wolfram (1995<sup>2. überarb.</sup>) *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994* Paderborn usf.: Schöningh (= *Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy*, New Haven, CN: Yale University Press 1989<sup>1</sup>)
- Harings, Lothar (1998) *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei- und Zollverwaltungen und Rechtsschutz in Deutschland* Berlin: Duncker & Humblot
- Heuser, Beatrice (1998) *Nuclear Mentalities. Strategies and Beliefs in Britain, France and the FRG* Basingstoke, Houndsmills, UK: Macmillan
- Hoffmann, Stanley (1966) „Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe“ *Daedalus* 95:4 862-915
- Jachtenfuchs, Markus (2002) *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung* Baden-Baden: Nomos
- & Michèle Knodt, Hg. (2002) *Regieren in internationalen Institutionen* Opladen: Leske und Budrich
- Jepperson, Ronald L., Alexander Wendt & Peter J. Katzenstein (1996) „Norms, Identity and Culture in National Security“ in: Peter J. Katzenstein, Hg. *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics* New York: Columbia University Press 33-75
- Jung, Sabine (1999) *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute* Baden-Baden: Nomos
- Kämper, Gregor (2001) *Polizeiliche Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Entwicklung, Rechtsformen, grundgesetzliche Zulässigkeit* Frankfurt a.M.: Lang

- Kaldor, Mary (2000) *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Katzenstein, Peter J. (1993) *Coping With Terrorism. Norms and Internal Security in Germany and Japan* in: Judith Goldstein & Robert O. Keohane, Hg. *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change* Ithaca/London: Cornell University Press 265-298
- Hg. (1996a) *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics* New York: Columbia University Press
- (1996b) *Cultural Norms and National Security. Police and Military in Postwar Japan* Ithaca: Cornell University Press
- Keohane, Robert O. (1989) „Neoliberal Institutionalism. A Perspective on World Politics“ in: ders. *International Institutions and State Power* Boulder, CO: Westview 1-20
- Kier, Elizabeth (1997) *Imagining War. French and British Military Doctrine Between the Wars* Princeton: Princeton University Press
- Kirste, Knut & Hanns W. Maull (1996) „Zivilmacht und Rollentheorie“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3:2 283-312
- Knöbl, Wolfgang (1998) *Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozeß. Staatsbildung und innere Sicherheit in Preußen, England und Amerika 1700-1914* Frankfurt a.M.: Campus
- Kohler-Koch, Beate (1989) „Zur Empirie und Theorie internationaler Regime“ in: Beate Kohler-Koch, Hg. *Regime in den internationalen Beziehungen* Baden-Baden: Nomos 17-85
- & Frank Vogt (1994) Normen- und regelgeleitete internationale Kooperation, Darmstadt: TH Darmstadt, Fachbereich Mathematik (Preprint-Nr. 1632)
- Kratochwil, Friedrich (2002) „Souveränität und Moderne. Eine begriffliche Analyse des semantischen Feldes“ in: *Jachtenfuchs/Knodt 2002* 29-51
- Lange, Hans-Jürgen (1999) *Innere Sicherheit im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* Opladen: Leske und Budrich
- Laqueur, Walter (1996) „Postmodern Terrorism“ *Foreign Affairs* 75:5 24-36
- (2001) *Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus* München: Econ
- Legro, Jeffrey W. (1995) *Cooperation Under Fire. Anglo-German Restraint During World War II* Ithaca, NY: Cornell University Press
- (1996) „Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step“ *American Political Science Review* 90:1 118-138
- Lenk, Klaus & Rainer Prätorius, Hg. (1998) *Eingriffsstaat und öffentliche Sicherheit. Beiträge zur Rückbesinnung auf die hoheitliche Verwaltung* Baden-Baden: Nomos
- Lepsius, M. Rainer (1995) „Institutionenanalyse und Institutionenpolitik“ in: Birgitta Nedelmann, Hg. *Politische Institutionen im Wandel* Opladen: Westdeutscher Verlag 392-403 (KZfSS Sonderheft 35)
- (1997) „Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien“ in: Gerhard Göhler, Hg. *Institutionenwandel* Opladen: Westdeutscher Verlag 57-69 (Leviathan-Sonderheft 16)
- Lindberg, Leon N. (1971) „Political Integration as a Multidimensional Phenomenon Requiring Multivariate Measurement“ in: Leon N. Lindberg & Stuart A. Scheingold, Hg. *Regional Integration. Theory and Research* Cambridge, MA: Harvard University Press 45-127

- Meimeth, Michael (2002) *Sicherheitspolitik zwischen Nation und Europa. Deutsche und französische Perspektiven* in: Michael Meimeth & Joachim Schild, Hg. *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven* Opladen: Leske und Budrich 231-247
- Milner, Helen V. (1988) *Resisting Protectionism. Global Industries and the Politics of International Trade* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Monar, Jörg (1998) „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die Innen- und Justizpolitik nach Amsterdam“ in: Mathias Jopp, Andreas Maurer & Otto Schmuck, Hg. *Die Europäische Union nach Amsterdam. Analysen und Stellungnahmen zum neuen EU-Vertrag* Bonn: Europa-Union Verlag 127-154
- Moravcsik, Andrew (1993) „Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining“, in: Peter B. Evans, Harold K. Jacobson & Robert D. Putnam, Hg. *Double-Edged Diplomacy. International Bargaining and Domestic Politics* Berkeley/Los Angeles: University of California Press 3-42
- (1997) „Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics“ *International Organization* 51:3 513-553.
- (1998) *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht* Ithaca, NY: Cornell University Press
- Müller, Harald (1993) „The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments. The Case of Security Regimes“ in: Volker Rittberger, Hg. *Regime Theory and International Relations* Oxford: Clarendon 361-388
- Nye, Joseph S. (1988) „Neorealism and Neoliberalism“ *World Politics* 40:2 235-251
- Pernice, Ingolf (2000) „Der Europäische Verfassungsverbund auf dem Wege der Konsolidierung. Verfassungsrechtliche Ausgangslage und Vorschläge für die institutionelle Reform der Europäischen Union vor der Osterweiterung“ *Jahrbuch des öffentlichen Rechts* 48 205-232
- Ragin, Charles C. (1987) *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies* Berkeley, CA/Los Angeles/London: University of California Press
- (1994) *Constructing Social Research. The Unity and Diversity of Method* Thousand Oaks, CA usw.: Pine Forge Press
- & Dirk Berg-Schlosser & Gisèle de Meur (1996) „Political Methodology. Qualitative Methods“ in: Robert E. Goodin & Hans-Dieter Klingemann, Hg., *A New Handbook of Political Science* Oxford: Oxford University Press 749-768.
- Risch, Hedwig (1997) *Die deutsche Polizei und Europa* Wiesbaden: BKA
- Risse, Thomas (1999) „Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik. Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik“ in: Monika Medick-Krakau, Hg. *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland* Baden-Baden: Nomos 33-57
- (2000) „„Let’s Argue!“. Communicative Action in World Politics“ *International Organization* 54:1 1-39
- Sauder, Axel (1995) *Souveränität und Integration. Deutsche und französische Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993)* Baden-Baden: Nomos

- Schmalz-Bruns, Rainer (1995) „Die Theorie kommunikativen Handelns – eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2:1 347-370
- Schmidt, Manfred G. (1999) „Die Europäisierung öffentlicher Aufgaben“ in: Thomas Ellwein & Everhard Holtman, Hg., *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven* Opladen: Westdeutscher Verlag 385-399.
- Schmitter, Philippe C. (1996) „Imagining the Future of the €-Polity with the Help of New Concepts“ in: Gary Marks, Fritz W. Scharpf, Philippe C. Schmitter & Wolfgang Streeck *Governance in the European Union* London u.a.: Sage 121-150
- Seewald, Ilja-Kristin (1998) *Multilaterale Strukturen und Staatspolitik. Die deutsch-französische Kooperation in der „Neuen Europäischen Sicherheitspolitik“* Baden-Baden: Nomos
- Soutou, Georges-Henri (1996) *L'Alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands depuis 1954* Paris: Fayard
- Stober, Rolf & Rainer Pitschas, Hg. (2001) *Vergesellschaftung polizeilicher Sicherheitsvorsorge und gewerbliche Kriminalprävention* Köln usf.: Heymanns
- Tullock, Gordon (1962) „Economic Imperialism“ in: James M. Buchanan & Robert D. Tollison, Hg. *Theory of Public Choice. Political Applications of Economics* Ann Arbor, MI: University of Michigan Press 317-329
- Viner, Jacob (1948) „Power versus Plenty as Objectives of Foreign Policy in the Seventeenth and Eighteenth Centuries“ *World Politics* 1:1 1-29
- Wagner, Wolfgang & Gunther Hellmann (2002) „Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union“ in: Markus Jachtenfuchs & Beate Kohler-Koch, Hg. *Europäische Integration* Opladen: Leske und Budrich<sup>2</sup> (i.E.)
- Wallace, Helen (2002) „Experiments in European Governance“ in: *Jachtenfuchs/Knodt 2002* 255-269
- Wallander, Celeste A. (2000) „Institutional Assets and Adaptability. NATO After the Cold War“ *International Organization* 54:4 705-735
- & Robert O. Keohane (1999) „Risk, Threat, and Security Institutions“ in: *Haftendorn u.a. 1999* 21-47
- Waltz, Kenneth N. (1979) *Theory of International Politics* New York usf.: McGraw-Hill
- Watson, Adam (1990) „Systems of States“ *Review of International Studies* 16:1 99-109
- Weiler, Joseph H.H. (1997) „The Reformation of European Constitutionalism“ *Journal of Common Market Studies* 35:1 97-131
- Weldes, Jutta (1996) „Constructing National Interests“ *European Journal of International Relations* 2:2 275-318
- Wendt, Alexander (1999) *Social Theory of International Politics* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- (1992): „Anarchy is What States Make of It. The Social Construction of Power Politics“ *International Organization* 46:3 391-425
- Williams, Phil (1994) „Transnational Criminal Organizations and International Security“ *Survival* 36:1 96-113
- Woodhouse, Tom, Robert Bruce & Malcolm Dando, Hg. (1998) *Peacekeeping and Peacemaking*, London: Macmillan

**D2**  
Jachtenfuchs

884

Bereich D: Die Zukunft des  
modernen Territorialstaates

Zürn, Michael (1997) „Assessing State Preferences and Explaining Institutional Choice. The Case of Intra-German Trade“ *International Studies Quarterly* **41**:2 295-320